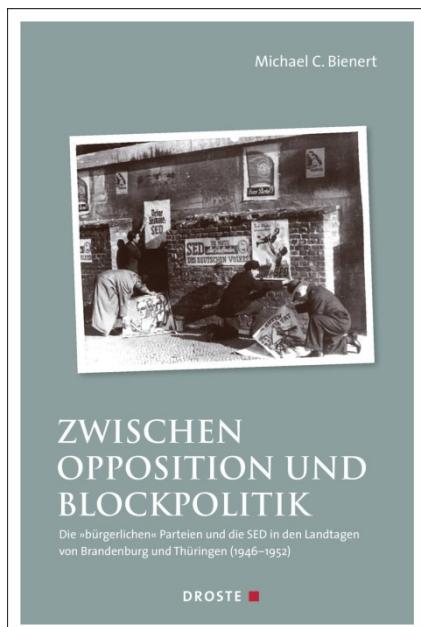


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2017

Michael C. Bienert: Zwischen Opposition und Blockpolitik. Die „bürgerlichen“ Parteien und die SED in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen (1946–1952).

Düsseldorf: Droste, 2016 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 171), 595 S., 13 Tab., ISBN: 978-3-7700-5330-8



Michael Bienerts voluminöses Werk ist weit mehr als ein bloßer Beitrag zum (Krypto-) Parlamentarismus in den Anfangsjahren der DDR: Ausgehend von den eher kurzlebigen Landtagen in Potsdam und Weimar bietet er eine ausführliche Darstellung der Innenpolitik in der SBZ und frühen DDR, deren unübersehbarer Grundzug die politische Gleichschaltung und der Aufbau einer „realsozialistischen“ Diktatur unter der Führung der SED war. Denn in den beiden ausgewählten Landtagen spiegelte sich die allgemeine Entwicklung der SBZ/DDR, vor allem das Mit- und Gegeneinander der drei „Blockparteien“ SED, CDU und LDP sehr anschaulich wieder.

Die Fokussierung auf zwei Landtage ist nachvollziehbar, weil diese beiden für unterschiedliche Konstellationen standen: Im agrarisch geprägten Flächenland Brandenburg nahm wie in Thüringen die SED die führende Rolle ein, im bürgerlichen Lager war es die CDU. Anders als im eher industriell geprägten Thüringen verfügte die SED

allerdings dort nicht über eine absolute Mehrheit, die bei den beiden „bürgerlichen“ Parteien lag. Allerdings wich die generelle Entwicklung nicht vom südlichen Nachbarland, ab, wo die Liberaldemokraten die zweitstärkste Fraktion bildeten.

Eher hatte die Parteikonstellation Auswirkungen auf widerständiges Verhalten: Die jeweils zweitstärkste Fraktion opponierte stärker gegen das Gebaren der Einheitssozialisten (S. 385) und war dann auch stärker Repressionen ausgesetzt. So mussten die Thüringer Liberalen in der ersten Legislaturperiode über 95 % ihrer Abgeordneten austauschen (S. 403). Allein diese Zahl zeugt schon davon, dass die Stalinisierung der SBZ von den bürgerlichen Kräften keineswegs stillschweigend hingenommen wurde, dass Auflehnung und Opposition gegen die SED und ihre sowjetischen Helfer aber zugleich auch eine riskante Unternehmung war. Kein Wunder also, dass kaum einer der bürgerlichen Abgeordneten in der zweiten kurzen Legislaturperiode zurück in den Landtag kehrte; die SED hatte nun mittels Einheitslisten schon im Vorfeld entsprechende Filter eingerichtet, so dass gleichgeschaltete Parlamente herauskamen, deren endgültige Auflösung im Sommer 1952 faktisch nur noch ihre bestehende Bedeutungslosigkeit bestätigte. Föderale Elemente, die zugleich ja auch immer einen gewissen Pluralismus sichern, hatten im sogenannten „demokratischen Sozialismus“ keinen Platz und wurden als „feudalistische“ Relikte diffamiert.

Dennoch sollte man – da ist Bienert zuzustimmen – die Bedeutung der Landtage nicht unterschätzen, waren sie doch der vielleicht wichtigste Schauplatz für die Auseinandersetzung über die Zukunft der SBZ. Nicht von ungefähr versuchte die SED zunächst ihre politischen Konkurrenten bei den Wahlen mit allen Mitteln zu behindern; das Ergebnis war in ihren Augen dennoch nicht wie erhofft. Umso mehr besetzte sie die Schlüsselpositionen im Landtag, angefangen von den Parlamentspräsidenten und deren Vertretern, und dann auch in den

Landesregierungen. Von Anfang waren die Aussichten weder für eine geregelte parlamentarische Arbeit noch für wirklichen Widerstand gegen die Umwandlung Mitteldeutschlands in einen Sowjetstaat einigermaßen günstig.

Diese allgemeine Entwicklung zwischen Elbe und Oder ist natürlich inzwischen gut herausgearbeitet und Bienert modifiziert das bekannte Bild auch nur in Nuancen. Sein großer Verdienst liegt darin, dass unter umfassender Auswertung der Literatur und der Quellen – nicht nur in den einschlägigen Parteiarchiven, sondern auch in den Editionen zur sowjetischen Deutschlandpolitik – das Handeln der beiden bedrängten bürgerlichen Parteien in das politische Umfeld eingebettet wird. So wird viel deutlicher, welchem Druck sie durch das perfide Zusammenspiel von SED und SMA ausgesetzt waren.

Natürlich gab es auch auf der anderen Seite Anpassungsbereitschaft, gerade die Parteiführung der LDP – sowohl Wilhelm Külz als auch seine Nachfolger Georg Kastner und Karl Hammann (vgl. S. 441 f. u. 467 f.), von Hans Loch ganz zu schweigen – kommen nicht gut weg. Allerdings erstaunt es etwas, dass Bienert nicht auf den ersten erzwungenen Führungswechsel bei den Liberaldemokraten von Waldemar Koch zu Wilhelm Külz hinweist. Auch wird nicht der kurzlebige Versuch der deutschen Liberalen, mit der DPD einen gemeinsamen gesamtdeutschen Dachverband aufzubauen, erwähnt, der 1947 Einfluss auf die deutschlandpolitischen Diskussionen hatte und den einzigen Versuch dieser Art zwischen 1945 und 1990 darstellte.

Insgesamt – so der Eindruck des Rezensenten – scheint die LDP hier etwas im Schatten der CDU zu stehen, was wohl vor allem der unterschiedlichen Forschungssituation geschuldet ist: Während es für die Ost-CDU eine Reihe von neueren Untersuchungen gibt, muss Bienert bei den Liberaldemokraten auf inzwischen schon etwas angejahrte Standardwerke wie die Darstellung zu Thüringen von Jürgen Louis oder das Tagebuch von Wolfgang Schollwer zurückgreifen. In gewisser Weise wird also von Bienert aus Sicht der Liberalismus-Forschung durchaus auch eine Lücke geschlossen bzw. zu weiteren Forschungen angeregt: Untersuchungen zu den Liberaldemokraten in Sachsen-Anhalt und vor allem in Sachsen sind nach wie vor Desiderate.

Wenn auch der CDU vielleicht etwas mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als der LDP, heißt das nicht, dass deren Rolle in der Darstellung nicht klar herauskommt. In ihren Reihen fanden mit Wilhelm Falk – Landesvorsitzender in Brandenburg – und Hermann Becker – thüringischer Fraktionsvorsitzender – auch die spektakulärsten Repressionsmaßnahmen gegenüber Landespolitikern statt, wobei Falk 1946 zunächst „nur“ von der Kandidatenliste des Landtags gestrichen worden war, zwei Jahre später dann aber – was Bienert nicht erwähnt – verhaftet und wie Becker zu Zwangarbeit in sowjetischen Lagern verurteilt wurde.

Dennoch wird man Bienerts Fazit zustimmen müssen: So habe es zwar in den Landtagen ein „erhebliches oppositionelles Potential“ gegeben (S. 547). Aber selbst dann, wenn es mutig vorgebracht wurde, habe man der SED allenfalls „kleine Erfolge“ abringen können, die „auf die Gesamtentwicklung der SBZ bezogen jedoch unerheblich blieben“ (ebd.). Anders als Bienert (vgl. S. 539) wird man allerdings die Bedeutung der SBZ-Landtage für die deutsche Verfassungstradition vielleicht doch etwas höher ansetzen: Ein Teil der damaligen Parlamentarier versuchte unter den sehr schwierigen Bedingungen einer totalitären Besatzungsherrschaft die Prinzipien der liberalen Demokratie hochzuhalten. Viele ähnliche Beispiele dafür gibt es in der deutschen Verfassungsgeschichte auch wiederum nicht. Insgesamt hat das Buch von Bienert sicherlich das Zeug, zu einem Standardwerk für die Geschichte der SBZ zu werden, auch weil sich der Autor mit Werturteilen zurückhält und stets das Für und Wider abwägt.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich